

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend  
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen  
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 18. November 2010

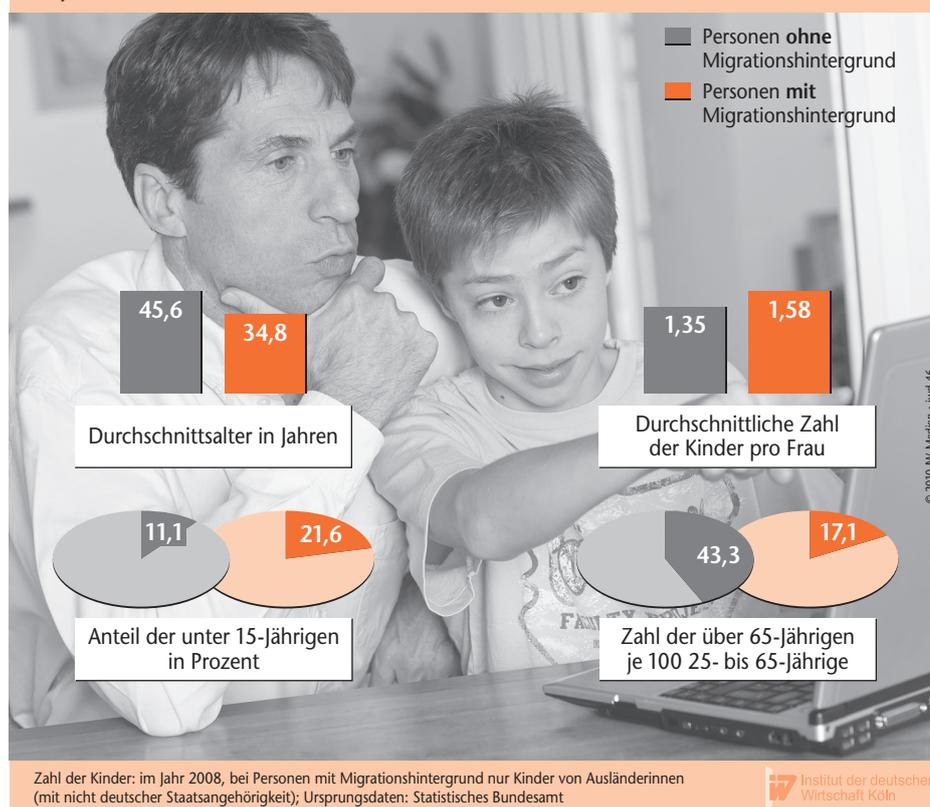
## Viele junge Gesichter

Trotz aller Diskussionen um die Probleme bei der Integration von Zuwanderern: Ohne Menschen mit Migrationshintergrund wird Deutschland seinen Wohlstand nicht in gewohntem Maß halten oder mehren können. Denn der demografische Wandel führt nicht nur zum Fachkräftemangel, sondern gefährdet auch die sozialen Sicherungssysteme. In dieser Hinsicht profitiert Deutschland von der günstigen Altersstruktur der Bürger aus anderen Nationen. Die Zuwanderer sind mit 35 Jahren durchschnittlich rund zehn Jahre jünger als die Deutschen ohne Migrationshintergrund.

Auch ist der sogenannte Alterslastquotient deutlich günstiger, der den Anteil älterer Personen im Verhältnis zu den jüngeren und potenziell erwerbsfähigen zwischen 25 und 65 Jahren erfasst: Während dieser Anteil in der deutschen Bevölkerung 43 Prozent beträgt, liegt er in der Gruppe der Migranten bei lediglich 17 Prozent. Das dürfte auch damit zusammenhängen, dass die hier lebenden Migranten im Durchschnitt wesentlich familienorientierter sind als die einheimische Bevölkerung – sie gründen häufiger eine Familie und haben mehr Kinder.

### Zuwanderer: jünger und mit Familiensinn

im Jahr 2009



### In dieser Woche

**G20-Gipfel:** Auch nach dem jüngsten Treffen geht der Streit etwa um unterschiedliche Wechselkurspolitiken weiter. Um einen globalen Handelskrieg zu verhindern, werden sich die großen Industrie- und Schwellenländer deutlich stärker von ihren bisherigen Positionen lösen müssen. Seite 2

**Berufsausbildung:** Haperte es bis vor kurzem an der Versorgung von Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen, fehlen inzwischen vielerorts qualifizierte Bewerber. Seite 3

**Akademische Bildung:** Die Unternehmen haben 2009 rund 2,2 Milliarden Euro in die Studenten sowie in den Hochschulbetrieb investiert. Was und wen die Betriebe im Einzelnen unterstützen, haben das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zusammengetragen. Seite 4-5

**Steuerschätzung:** Bund, Länder und Gemeinden kassieren 2012 von Bürgern und Unternehmen voraussichtlich die stolze Summe von 563,2 Milliarden Euro – damit wird der Rekordwert aus dem Jahr 2008 nochmals um 2 Milliarden Euro übertroffen. Seite 6

**Schuldenbremse:** Die Bundesregierung hat aufgrund der neuen Steuerschätzung in ihrem Haushalt jetzt den Rotstift stärker angesetzt als geplant. Es müsste aber noch mehr gespart werden, um den Intentionen der Schuldenbremse zu folgen. Seite 7

**Energie- und Umweltpolitik:** Die diversen Öko-Pläne der Bundesregierung kommen in der Wirtschaft sehr unterschiedlich an. So findet die Brennelementesteuer eine breite Zustimmung, während beispielsweise der Abbau der Ausnahmen von der Ökosteuer nicht mehrheitsfähig ist. Seite 8

## G20-Gipfel

## Probleme bleiben auf dem Tisch

Das Gipfeltreffen der G20-Staaten in der vergangenen Woche hat die akuten Probleme nicht gelöst. Die unterschiedlichen Wechselkurspolitiken sowie die wirtschaftlichen Schief lagen großer Volkswirtschaften bergen daher weiterhin Zündstoff. Um einen globalen Handelskrieg zu verhindern, werden sich die großen Industrie- und Schwellenländer noch deutlich stärker von ihren bisherigen Positionen lösen müssen.

In der vergangenen Woche trafen sich die Vertreter der G20, der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt (Grafik), in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. Einige Beschlüsse gelten zu Recht als Erfolg – wie etwa neue Eigenkapitalregeln für Finanzinstitute oder auch die Neuordnung des Internationalen Währungsfonds (IWF), die den Schwellenländern mehr Stimmrechte einräumt.

Im medialen Fokus stand aber vor allem der Streit zwischen den USA und China über ihre Währungs- und Handelspolitik. Hier fanden die Gipfelteilnehmer immerhin einen Minimalkonsens:

Grundsätzlich haben sich die G20-Staaten darauf geeinigt, auf eine Abwertung der eigenen Währung zur Stärkung ihrer Wettbewerbsposition zu verzichten.

Stattdessen wollen sie Indikatoren entwickeln, mit denen sich das Ausmaß globaler Ungleichgewichte messen lässt. Konkrete Vorstellungen gibt es dazu aber noch nicht – daher werden die Streitpunkte beim G20-Gipfel 2011 in Frankreich wohl wieder auf den Tisch kommen.

Die Auseinandersetzungen haben sich an den Überschüssen (etwa in China, Japan und Deutschland) oder Defiziten (z. B. in den USA) in den Handels- und Leistungsbilanzsalden entzündet. Vor allem die USA werfen China vor, den Wechselkurs künstlich niedrig zu halten und damit die eigenen Ausfuhren zu steigern. Die Chinesen wollen jedoch allenfalls eine langsame Aufwertung ihrer Währung zulassen, um den für das Wachstum wichtigen Exportbranchen nicht zu schaden.

Auch andere Länder mit positiver Handelsbilanz werden von den USA kritisiert – Staaten wie Deutschland wür-

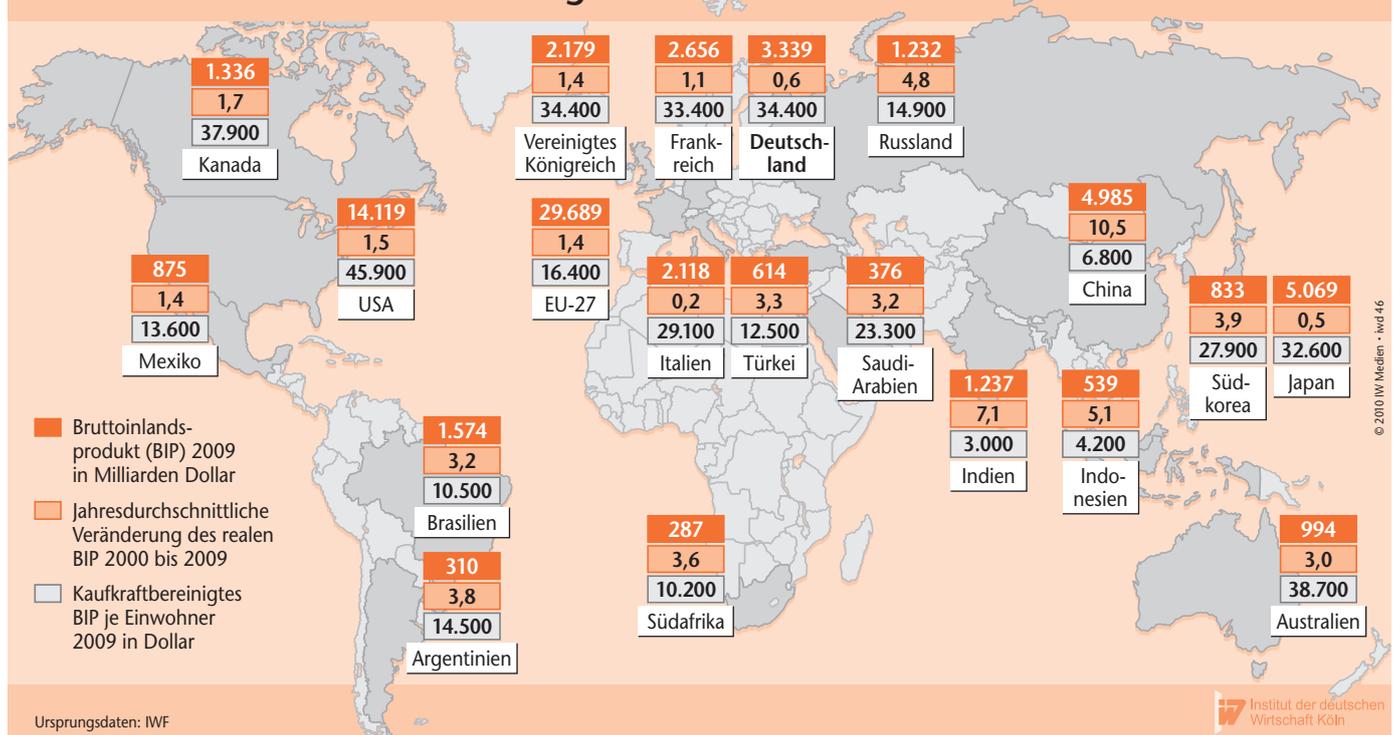
den zu wenig konsumieren, böten amerikanischen Firmen deshalb zu wenig Absatzchancen und würden somit das US-Defizit mitverursachen.

Die Vereinigten Staaten haben dabei vor allem ihre eigene schleppende Konjunktur im Blick. Eine Geldpolitik, die auf niedrige Zinsen und den Ankauf von US-Staatsanleihen setzt, soll der Wirtschaft auf die Beine helfen. Doch viele Beobachter fürchten dadurch eine weitere Abwertung des Dollar, die auch in anderen Ländern zu einer konjunkturellen Abkühlung führen könnte.

**Solange alle Beteiligten an ihren Positionen festhalten und die US-Konjunktur trotz aller geldpolitischen Kraftakte nicht auf Touren kommt, drohen weitere Handelskonflikte, die letztlich allen Ländern schaden.**

China sollte daher auch aus eigenem Interesse eine Aufwertung seiner Währung zulassen. Die USA müssen demgegenüber mehr sparen, um zusätzlichen Spielraum für Investitionen zu schaffen und damit ihr Leistungsbilanzdefizit aus eigener Kraft auszugleichen.

## G20: Club mit Riesen und Zwergen



## Berufsausbildung: Bewerber fehlen

Haperte es am Lehrstellenmarkt bis vor kurzem noch an Ausbildungsplätzen, fehlen inzwischen in vielen Bereichen qualifizierte Bewerber. Im vergangenen Jahr blieben so bereits rund 71.000 Ausbildungsstellen unbesetzt.

Seit 2007 ist die Zahl der Lehrstellenbewerber um rund 200.000 und damit um gut ein Viertel zurückgegangen. Dies hat trotz der Wirtschaftskrise dazu geführt, dass es in den vergangenen drei Jahren jeweils mehr offene Stellen als unversorgte Bewerber gab. Auch Ende September 2010 registrierte die Bundesagentur für Arbeit noch knapp 7.400 unbesetzte Ausbildungsplätze.

Dabei tauchen viele Lehrstellenangebote gar nicht erst in der offiziellen Statistik auf, weil gut jedes dritte Unternehmen seine Ausbildungsplätze nicht der Arbeitsagentur meldet, sondern den Nachwuchs über andere Kanäle sucht. Statt knapp 20.000 gemeldeten konnten so 2009 tatsächlich rund 71.000 betriebliche Ausbildungsstellen nicht mit qualifizierten Bewerbern besetzt werden.

Für 2011 plant laut einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums jedes fünfte Unternehmen, sein Ausbildungsangebot im Vergleich zu 2009 auszuweiten. Dies gilt insbesondere für kleine Unternehmen sowie Industriefirmen, die von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffen waren.

Die Unternehmen werden jedoch nur dann mehr Ausbildungsplätze besetzen können, wenn sie häufiger leistungsschwächere Bewerber einstellen. Zwar rekrutieren die Personalchefs am liebsten Jugendliche mit Abitur oder mittlerer Reife. Doch knapp zwei Drittel der Firmen machen bereits heute schwächere Azubis mit Nachhilfe oder Stützunterricht fit. Die Betriebe wünschen sich dabei mehr externe Unterstützung – etwa in Form von verbindlichen ausbildungsbegleitenden Hilfen. Auch die Partner des Ausbildungspakts wollen sich der schwächeren Schulabgänger stärker annehmen.



## Bildung & Ausbildung

### Ausbildungsmarkt: Bewerber dringend gesucht

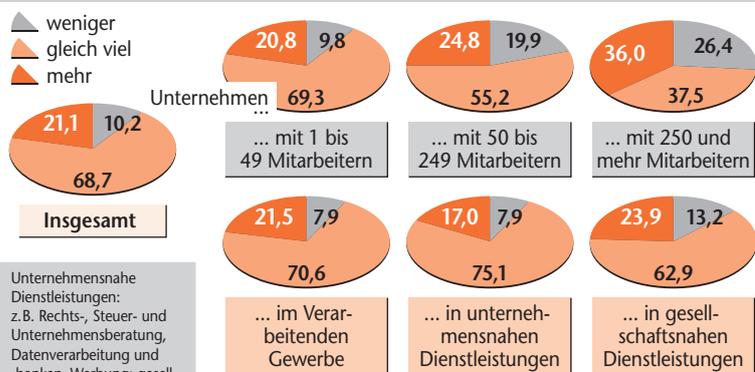


Jeweils Ende September; ab 2009: bei Arbeitsagenturen, Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Stellen und Bewerber  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

### Ausbildungsangebot: Unternehmen legen zu

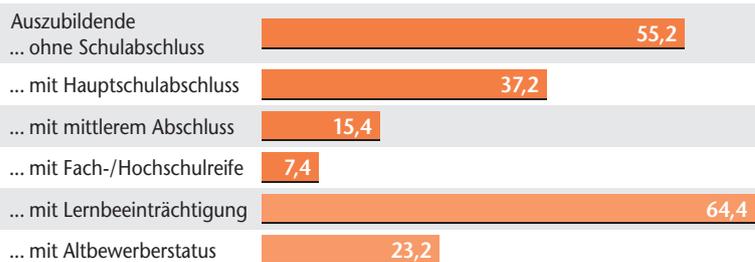
So viel Prozent der Unternehmen wollen 2011 im Vergleich zu 2009 ... Ausbildungsplätze anbieten



Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

### Unternehmen: Viele geben Nachhilfe

So viel Prozent der Unternehmen, die ausbilden oder Ausbildungsstellen anbieten, geben Nachhilfe oder Stützunterricht für ...



Lernbeeinträchtigung: deutlich von der Altersnorm abweichende Leistungs- und Verhaltensformen; Altbewerber: Jugendliche, deren Schulabschluss ein Jahr und länger zurückliegt; Befragung von 1.800 Unternehmen im August und September 2010  
Quelle: IW-Qualifizierungsmonitor

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Akademische Bildung

# Wirtschaft investiert in den Nachwuchs

**Hochschulabsolventen sind ein wichtiger Garant für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Doch akademische Bildung gibt es nicht kostenlos. Neben dem Staat investieren auch die Unternehmen beträchtliche Summen in die Studenten sowie in den Hochschulbetrieb. In welchem Ausmaß die Betriebe die Ausbildung an den Universitäten und Fachhochschulen unterstützen, haben das Institut der deutschen Wirtschaft Köln und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zusammengetragen.**

Deutschland hat ein Problem: Schon heute gibt es in einigen Branchen zu wenig Nachwuchs – so sind beispielsweise Lehrer, Ärzte, Pfleger und Ingenieure bundesweit knapp. Fachkräfte mit einem MINT-Abschluss – also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik – wurden selbst inmitten der Wirtschafts- und Konjunkturkrise gesucht. Und die demografische Entwicklung wird die Fachkräftelücke weiter vergrößern: Im Jahr 2020 dürften allein mehr als 200.000 Akademiker mit einem MINT-Abschluss fehlen.

Den meisten Unternehmen ist dieses Dilemma sehr wohl bewusst – und viele von ihnen steuern bereits dagegen. Eine Maßnahme, um den Fachkräftemangel langfristig zu beseitigen, ist die Investition in die akademische Bildung. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft haben in einer gemeinsamen Unternehmensbefragung nun zum ersten Mal erfasst, in welchem Ausmaß die Firmen in Deutschland Studenten und Hochschulen unter die Arme greifen. Das Ergebnis (Grafik Seite 5):

**Die Unternehmen haben für die akademische Bildung im Jahr 2009 rund 2,2 Milliarden Euro ausgegeben.**

Investiert wird sowohl in die Infrastruktur der Hoch-

schulen – etwa in die Ausstattung – als auch in die Studenten selbst:

- **Investitionen in Studenten.** In erster Linie profitieren Hochschüler und studierwillige Mitarbeiter vom unternehmerischen Engagement, denn für ihre Aus- und Weiterbildung werden rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr aufgebracht. Das ist fast so viel Geld, wie Bund und Länder

das Studenten-Bafög kostet. Die Mittel verteilen sich wie folgt:

- Der größte Teil der Unternehmensinvestitionen – 675 Millionen Euro – geht an Männer und Frauen, die sich für ein duales Studium eingeschrieben haben. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 49.000 solcher Studenten von den Betrieben gefördert – indem sie Ausbildungsvergütungen und/oder Studiengebühren übernahmen sowie Personal zur Betreuung der angehenden Akademiker einsetzten.

- Viel Geld fließt auch in Praktikumsplätze: Im vergangenen Jahr betreuten die Unternehmen rund 180.000 Praktikanten und ließen sich die Vergütungen und Aufwendungen für die Betreuung 535 Millionen Euro kosten.

Die Ausgaben für Praktika dürften in den kommenden Jahren noch höher ausfallen, denn die Studentenzahlen werden steigen und knapp jeder zweite Bachelorstudent muss ein Pflichtpraktikum außerhalb der Hochschule machen. Jeder vierte ist sogar verpflichtet, ein ganzes Praxissemester zu absolvieren.

- Auch die Mitarbeiter der Unternehmen werden von ihren Arbeitgebern bei Studienambitionen unterstützt. Für qualifizierte Fachkräfte, die es an die Hochschule zieht, wendeten die Betriebe 2009 annähernd 286 Millionen Euro auf, um Studiengebühren und Freistellungen während der Arbeitszeit zu finanzieren. Mehr als 43.000 Mitarbeiter nutzten im vergangenen Jahr diese Förderung – um zu studieren oder an einem akademischen Weiterbildungsseminar teilzunehmen.

- Rund 6.100 Studenten kamen im vergangenen Jahr in den Genuss eines Unternehmens-Stipendiums. Insgesamt

## Akademische Bildung: Warum sich Unternehmen engagieren

Aus diesen Gründen investierten so viel Prozent der Unternehmen 2009 in akademische Bildung

	Insgesamt	Unternehmen mit ... Mitarbeitern	
		50 bis 249	ab 250
Rekrutierung von Fachkräftenachwuchs	95,4	91,5	96,7
Personalentwicklung für die Mitarbeiter, z.B. Weiterqualifizierung	86,8	86,6	86,8
Allgemeine Unternehmensverantwortung, z.B. Verbesserung der Hochschulausstattung	81,3	82,7	80,9
Imagegewinn für das Unternehmen	79,2	71,1	81,7
Stärkung des Standorts der Unternehmen	74,0	71,8	74,6
Verankerung neuer Lehrinhalte	63,9	57,1	66,0
Vertiefung/Ergänzung der Forschungsaktivitäten	57,4	48,6	60,2

Befragung von 1.118 Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitern im Sommer 2010; Mehrfachnennungen; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln/Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

war den Betrieben diese Begabtenförderung gut 41 Millionen Euro wert, das ist fast ein Drittel des Stipendien-Budgets, das der Bund zur Verfügung stellt.

– Auch die Prämierung von Abschlussarbeiten, Ideenwettbewerbe, Einladungen von Studiengruppen zu Fallstudien und Exkursionen in die Unternehmen kosten Geld: 2009 ließen die Unternehmen für diese und weitere Fördermaßnahmen 1,6 Millionen Euro springen.

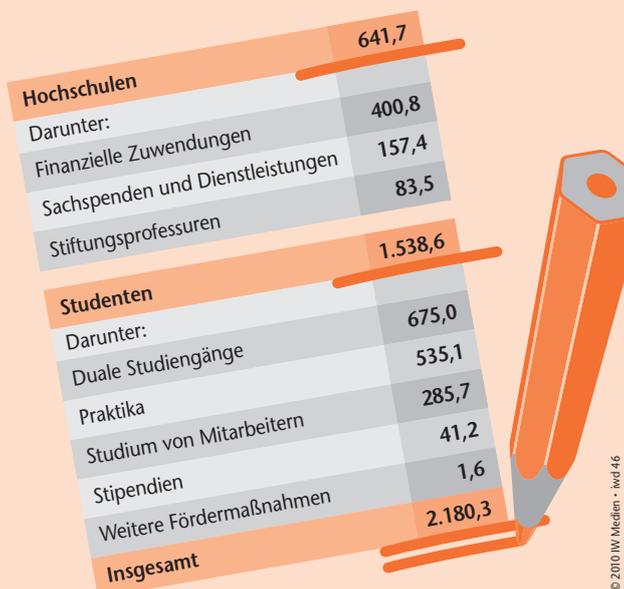
• **Investitionen in Hochschulen.** Universitäten und Fachhochschulen selbst sind ebenfalls Nutznießer des unternehmerischen Engagements. In ihre Ausstattung fließt mit annähernd 642 Millionen Euro ein gutes Viertel der gesamten Ausgaben der Unternehmen. Das meiste Geld (401 Millionen Euro) wird für langfristige Ziele eingesetzt – beispielsweise den Bau neuer Gebäude – oder einfach als allgemeine Spende gegeben. Zweitgrößter Posten (157 Millionen Euro) sind die Sachspenden, also Maschinen, Laborausstattung und anderes Equipment, das Unternehmen kostenlos zur Verfügung stellen. Und auch in das Lehrpersonal wird kräftig investiert: Insgesamt finanzierten die Betriebe zuletzt 563 Stiftungsprofessuren mit knapp 84 Millionen Euro.

Wer in Ausstattung investiert, hat keine kurzfristigen Beweggründe. Den Unternehmen geht es bei diesem Engagement vielmehr um eine langfristige Unterstützung der akademischen Lehre.

Unterm Strich bilden die ermittelten 2,2 Milliarden Euro, die die Betriebe im vergangenen Jahr in die akademische Bildung gesteckt haben, sogar nur eine Untergrenze – denn aus methodischen Gründen wurden bei der Berechnung einige Förderaktivitäten überhaupt nicht berücksichtigt: Lehrbeauftragte zum Beispiel, die von den Unternehmen in die Hörsäle entsandt werden, um aus der Praxis zu berichten. Allein im vergangenen Jahr haben sich 9.700 Firmenmitarbeiter am universitären Lehrbetrieb beteiligt. Ebenfalls außen vor blieben

## Akademische Bildung: Was Unternehmen ausgeben

So viele Millionen Euro investierten Unternehmen im Jahr 2009 in ...



Befragung von 1.118 Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitern im Sommer 2010; nicht erhoben wurden Aufwendungen für aus den Unternehmen entsandene Lehrbeauftragte, die Mitwirkung von Unternehmensvertretern an der Akkreditierung von Studiengängen und in Hochschulräten, praxisorientierte Abschlussarbeiten und Promotionen, Software Spenden, Studiendarlehen, akademische Bildung im Ausland sowie finanzielle Zuwendungen über Dritte (Stiftungen etc.); weitere Fördermaßnahmen: Prämierung von Abschlussarbeiten, Ideenwettbewerbe, Einladungen von Studiengruppen in Unternehmen etc.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln/  
Stiftenverband für die Deutsche Wissenschaft

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2010 iwd Medien · iwd 46

die Aufwendungen für die 46.000 Abschlussarbeiten mit Praxisbezug sowie Spenden der Software-Industrie, die in beträchtlichem Ausmaß für moderne Informationstechnik an den Hochschulen sorgt.

Wenn man nun einen Blick darauf wirft, welche Fakultäten und Studienrichtungen von der Unterstützung durch die private Wirtschaft profitieren, so zeigt sich eine eindeutige Präferenz:

**Unternehmen investieren in erster Linie in Wirtschaftswissenschaften, gefolgt von den Ingenieurwissenschaften. An dritter Stelle stehen die Fächer Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften.**

Diese Ressourcenverteilung spiegelt die Beschäftigungssituation in der Wirtschaft wider: Zwei Drittel der hochqualifizierten Arbeitnehmer sind Wirtschaftswissenschaftler oder Ingenieure.

Erwartungsgemäß fördern die Unternehmen am liebsten die Fächer, die ihnen nahe liegen. Dienstleistungsfirmen beispielsweise stecken mehr Geld in die

Wirtschaftswissenschaften als in die Ingenieurwissenschaften, bei Bau- oder Industrieunternehmen ist es umgekehrt.

Und was versprechen sich Unternehmen von ihrem finanziellen und personellen Engagement? Die Analyse zeigt, dass die Investitionen aus mehreren Motiven getätigt werden (Grafik Seite 4): So finanzierten Unternehmen akademische Bildung nicht nur, um sich angehende Fachkräfte zu sichern. Denn auch das Investment in bereits vorhandene „Köpfe“ steht bei den Beweggründen ganz weit oben. Der zweitwichtigste Grund ist nämlich, eigene Mitarbeiter zu unterstützen, die beispielsweise noch ein Studium draufsatteln möchten oder eine Weiterqualifizierung an der Universität absolvieren wollen.

Neben solchen praktischen Erwägungen möchten viele Unternehmen schlicht und einfach das Gemeinwesen unterstützen: Aus „allgemeiner Unternehmensverantwortung“ heraus fördern mehr als 80 Prozent der Betriebe die Hochschulausbildung.

Die Wirtschaft investiert in akademische Bildung darüber hinaus auch, um ihr Image zu verbessern, um den Standort des Unternehmens zu stärken oder Forschungsaktivitäten zu vertiefen. Diese Motive werden jedoch deutlich stärker von größeren Unternehmen betont, kleineren Betrieben sind sie nicht ganz so wichtig.

Der Hochschultyp spielt bei der Entscheidung, wohin die Mittel fließen, übrigens nur eine untergeordnete Rolle. In erste Linie zählen für die Unternehmen das spezifische Fachprofil einer Universität oder Fachhochschule sowie die regionale Nähe. Auch bereits bestehende Forschungsk Kooperationen sind für viele Unternehmen ein wichtiges Auswahlkriterium. Die Position einer Hochschule im Exzellenzwettbewerb ist dagegen nur für ein gutes Drittel der Betriebe ein relevanter Entscheidungsaspekt.

## Steuerschätzung

# Zeit zur Konsolidierung

**Für den Staat sind demnächst zumindest auf der Einnahmeseite die Folgen der Wirtschaftskrise ausgestanden. Gehen die Prognosen der Steuer-schätzer auf, so kassieren Bund, Länder und Gemeinden 2012 von Bürgern und Unternehmen die stolze Summe von 563,2 Milliarden Euro – damit würde der Rekordwert aus dem Jahr 2008 nochmals um 2 Milliarden Euro über-troffen. Nicht zuletzt deshalb drücken die Regierenden jetzt beim Schulden-abbau stärker auf die Tube als geplant.**

Hauptursache für das stattliche Einnahmepplus – nicht nur in diesem, sondern auch in den kommenden Jahren – ist die überraschend stark anspringende Konjunktur. So haben die Steuerexperten gegenüber der Mai-Schätzung für 2010 ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 4,1 statt 1,8 Prozent zugrunde gelegt. Und auch für die kommenden Jahre gehen die Steuerschätzer von höheren wirtschaftlichen Wachstumsraten aus (Kasten).

Der Aufschwung zahlt sich für den Fiskus in Form kräftig sprudelnder Steuereinnahmen aus. Denn das deutsche Steuersystem reagiert sehr stark auf wirtschaftliche Ausschläge. Wenn kurzgearbeitet wird, sinken z. B. die Einnahmen aus der Einkommenssteuer, wenn die Unternehmen keine Aufträge haben, fließen weniger gewinnabhängige Körper-

schafts- und Gewerbesteuern in die öffentlichen Kassen.

Dementsprechend sind bei diesen drei Steuern auch die Aufkommenszuwächse gegenüber dem Krisenjahr 2009 besonders groß. So wird die von den Kapitalgesellschaften zu entrichtende Körperschaftssteuer bereits in diesem Jahr um satte 41 Prozent zulegen – bis 2012, so die Schätzung, wird sich das Aufkommen mehr als verdoppeln (Grafik). Von diesem nahezu explosionsartigen Anstieg profitieren sowohl der Bund als auch die Länder, die sich diese Steuer teilen.

Gemessen an der absoluten Höhe der Steuereinnahmen sind indes die Kommunen die eigentlichen Gewinner der voraussichtlichen Steuerentwicklung. Denn ihnen gelingt es 2012 als einziger Gebietskörperschaft, das Rekordergebnis von 2008 noch leicht zu übertreffen. Das Krisenjahr 2009 ist dann endgültig Geschichte.

Ursache für diese erfreuliche Entwicklung ist die kräftig sprudelnde Gewerbesteuer, auch wenn der prozentuale Zuwachs im Vergleich zur Körperschaftssteuer moderater ausfällt.

**Mit 34,6 Milliarden Euro oder 50 Prozent der Einnahmen ist die Gewerbesteuer für die Gemeinden die weit-aus wichtigste Steuerquelle.**

## Arbeitskreis „Steuerschätzungen“

Dieser Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (BMF) besteht seit 1955. Seine Mitglieder setzen sich zusammen aus Vertretern des federführenden BMF, des Bundeswirtschaftsministeriums, der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute, des Statistischen Bundesamts, der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Länderfinanzministerien und der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände.

Der Arbeitskreis stützt seine Schätzungen auf gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Bundesregierung. Die Mitglieder erstellen die Steuerprognosen mit eigenen Methoden und Modellen. Diese Schätzvorschläge werden im Arbeitskreis für jede Steuer so lange diskutiert, bis ein Konsens erreicht worden ist, den alle Beteiligten mittragen können. Auf der Grundlage der Einzelsteuerschätzungen werden dann die auf Bund, Länder, Gemeinden und EU entfallenden Einnahmen ermittelt.

Die Bedeutung der Gewerbesteuer für die Kommunen erklärt auch, warum sie besonders misstrauisch auf jeden Versuch reagieren, ihnen diese Steuer wegzunehmen und z. B. durch einen höheren Mehrwertsteueranteil zu ersetzen. Die Kämmerer sollten aber nicht vergessen, dass die Gewerbesteuereinnahmen im Konjunkturabschwung automatisch sehr schnell zurückgehen und die Gemeinden ihre Ausgaben nicht mehr voll finanzieren können. Einer Reform, die eine größere Aufkommensstabilität bringt, sollten die Gemeinden deshalb wohlwollender gegenüberstehen.

Für den Bund und die Länder sind dagegen die Mittel aus der ihnen zustehenden Körperschaftssteuer vergleichsweise Peanuts. Sie machen derzeit nur 2,3 Prozent bzw. 2,5 Prozent der Einnahmen aus. Allerdings werden sich diese Anteile mit der anspringenden Konjunktur und den zunehmenden Unternehmensgewinnen künftig etwas erhöhen.

## Steuereinnahmen: Vor neuem Aufkommensrekord

Einnahmen der Gebietskörperschaften in Milliarden Euro

	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2012 gegenüber 2009 in Prozent
<b>Bund insgesamt</b>	239,2	228,0	223,7	225,4	234,7	2,9
darunter: Körperschaftssteuer	7,9	3,6	5,1	6,6	8,1	125,0
<b>Länder insgesamt</b>	221,9	207,1	208,1	211,3	221,3	6,9
darunter: Körperschaftssteuer	7,9	3,6	5,1	6,6	8,1	125,0
<b>Gemeinden insgesamt</b>	77,0	68,4	69,1	72,3	77,1	12,7
darunter: Gewerbesteuer	41,0	32,4	34,6	38,0	41,0	26,5
<b>EU</b>	23,1	20,5	24,6	28,4	30,0	46,3
<b>Steuereinnahmen insgesamt</b>	561,2	524,0	525,5	537,3	563,2	7,5

Gewerbesteuer: Einnahmen der Gemeinden einschließlich Umlage, die an den Bund und die Länder abzuführen ist; EU: Mehrwertsteueranteil; ab 2010: Schätzung; Quelle: Bundesfinanzministerium

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Schuldenbremse

## Schäuble gibt ein wenig nach

Die Bundesregierung hat aufgrund der neuen Steuerschätzung jetzt stärker den Rotstift in ihrem Haushalt angesetzt als geplant. Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigen allerdings, dass noch mehr gespart werden müsste, um den Intentionen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zu folgen.

Ab dem kommenden Jahr gilt die sogenannte Schuldenbremse. Demnach hat der Bund sein strukturelles Defizit von 2010 bis 2016 in gleichmäßigen Schritten auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückzuschrauben. Die zulässige Neuverschuldung im Jahr 2016 liegt damit bei etwa 10 Milliarden Euro.

Dabei ist das strukturelle Defizit jener Teil des gesamten Fehlbetrags im Haushalt, der nicht konjunkturell bedingt ist – sich also nicht abbaut, selbst wenn in Boom-Jahren die Steuereinnahmen sprudeln.

Als Ausgangspunkt für die Verkleinerung des strukturellen Haushaltslochs ist das Jahr 2010 festgezurr. Das bedeutet: Je höher das aktuelle strukturelle Defizit ist, desto höher ist auch das zulässige Defizit in den Folgejahren (Kasten). Einer Regierung, die glaubt, dass man mit einer konsequenten Sparpolitik keine Wähler locken kann, ist von daher an einem möglichst hohen Ausgangswert gelegen.

Genau über diesen Wert ist zuletzt ein Streit zwischen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und dem Bundesrechnungshof entbrannt. Während Schäuble noch in der vergangenen Woche an seiner Haushaltsplanung vom Sommer 2010 festhalten wollte, in der er für das Jahr 2010 ein strukturelles Defizit von 53 Milliarden Euro angesetzt hatte, billigte der Bundesrechnungshof dem Bund nur ein deutlich niedrigeres Defizit zu – und das zu Recht: Weil die Wirtschaft besser läuft als noch vor wenigen Monaten unterstellt, ist das zulässige Loch im Etat jetzt kleiner anzusetzen.

## Steuerschätzung: Neue Verschuldungsgrenzen



Das strukturelle Defizit ist der Teil des Staatsdefizits, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen ist. Indem das strukturelle Defizit begrenzt wird, sorgt man dafür, dass neue Ausgaben nur dann erfolgen, wenn an anderer Stelle gekürzt wird oder die Einnahmen steigen. Mit der Schuldenbremse hat der Gesetzgeber festgelegt, dass der Bund sein strukturelles Defizit von 2010 bis 2016 in gleichmäßigen Schritten auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts herunterfahren muss – also auf rund 10 Milliarden Euro.

In ihrer Haushaltsplanung vom November 2010 hat die Koalition das strukturelle Defizit des Bundes mit 53 Milliarden Euro beziffert. Neuen Schätzungen zufolge beläuft es sich jedoch auf lediglich 46 Milliarden Euro. Daraus ergeben sich niedrigere Zahlen für das zulässige strukturelle Defizit in den folgenden Jahren als nach der ursprünglichen Haushaltsplanung.

Die Koalition hat dem Drängen des Rechnungshofs inzwischen zumindest ein wenig nachgegeben und den Ausgangswert auf 50 Milliarden Euro reduziert. Dieser Schritt ist jedoch ein halberherziger:

**Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln beträgt das strukturelle Defizit derzeit lediglich 46 Milliarden Euro.**

Entsprechend niedriger ist der zulässige Fehlbetrag in den kommenden Jahren (Grafik). Im Jahr 2011 beträgt er nach IW-Berechnungen 40 Milliarden Euro statt der nunmehr in den Haushaltsplan eingestellten 43 Milliarden Euro. Die Regierung müsste deshalb in ihrem Etat eigentlich strenger sparen als geplant.

Langfristig gesehen ist das jedoch ein „gutes“ Problem. Denn was der Bund heute spart, muss er später nicht mehr konsolidieren. Wo laut jetziger Planung z.B. zwischen 2013 und 2016 die Verschuldung noch um 20 Milliarden Euro gesenkt werden müsste, sind es nach IW-Rechnung lediglich 18 Milliarden Euro.

Eine konsequente Konsolidierung bedeutet im Übrigen nicht, dass man die Steuerschraube gar nicht lockern könnte. Es sollten nur zunächst einmal kleinere Brötchen gebacken werden, indem etwa die rein inflationsbedingten Steuererhöhungen – Stichwort: kalte Progression – kassiert werden (vgl. iwd 27/2010). Eine solche Korrektur des Steuertarifs kostet pro Prozentpunkt Inflation lediglich 1,25 Milliarden Euro.

## Energie- und Umweltpolitik

## Unternehmen blicken ins Ausland

Das Umweltexpertenpanel des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt, dass die einzelnen Öko-Pläne der Bundesregierung in der Wirtschaft sehr unterschiedlich ankommen. So findet die Brennelementesteuer eine breite Zustimmung, während beispielsweise der Abbau der Ausnahmen von der Ökosteuer nicht mehrheitsfähig ist.

Der Atomkompromiss der schwarz-gelben Koalition in Berlin sieht vor, dass die Stromkonzerne 145 Euro für jedes Gramm Uran zahlen, das erstmalig im Kernreaktor eingesetzt wird. Im Gegenzug dürfen sie länger Strom mittels Kernkraft produzieren. Letzteres hatten sich weite Teile der deutschen Wirtschaft gewünscht – daher ist es plausibel, dass nur 21 Prozent der vom IW Köln befragten Umweltexperten aus Unternehmen und Unternehmensverbänden den Kompromiss negativ bewerten, 52 Prozent ihn jedoch befürworten (Grafik).

**Mehr als die Hälfte der Befragten begrüßt zudem die Entscheidung, die Fördersätze für Solarenergie zu reduzieren.**

Tatsächlich waren die bisherigen Solar-Fördersätze gemessen an der Preisentwicklung für Photovoltaik-Anlagen zu hoch. Auch aus ökonomischer Sicht ist es deshalb sinnvoll, die Förderung zu drosseln, um eine weitere Explosion der

Kosten zu vermeiden und den Markt nicht noch stärker zu verzerren.

Die umweltpolitischen Pläne der Regierung setzen zudem auf die Entwicklung von sogenannten CCS-Technologien zur Abscheidung und umweltschonenden Speicherung von Kohlendioxid. Bis zum Jahresende will die Koalition ein Gesetz verabschieden, das die Erprobung der entsprechenden Technologien regelt. Immerhin zwei Drittel der Befragten bewerten dieses Vorhaben positiv oder zumindest neutral.

Mehr Befürworter als Gegner hat unter den Umweltexperten auch, dass die Industrie nach Vorgaben der EU künftig umweltverträglicher produzieren muss, weil die Grenzwerte für Emissionen von Stickoxiden und Schwefeldioxid verschärft wurden. Ein wahrscheinlicher Grund für diese gelassene Haltung: Die strengeren Regelungen tun der deutschen Wirtschaft nicht besonders weh – gemessen an den ohnehin hohen deutschen Auflagen gilt die europäische Richtlinie hierzulande eher als Harmonisierung denn als Verschärfung.

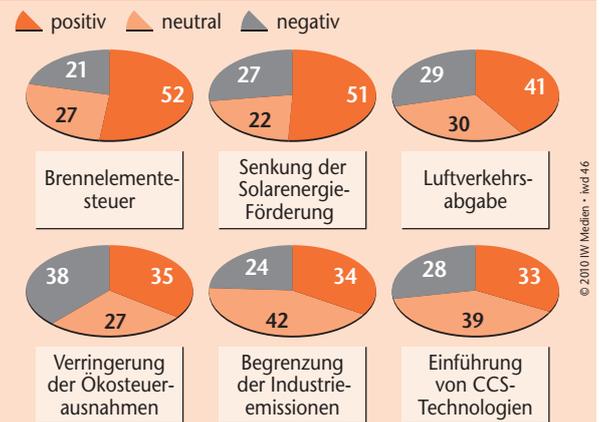
Insgesamt spielt der internationale Kontext in Umweltschutzfragen eine immer größere Rolle. Das zeigt sich auch beim Thema Energiebesteuerung:

**Eine relative Mehrheit von 38 Prozent der Umweltexperten bewertet die Reduzierung der Ausnahmeregelungen von der Ökosteuer negativ.**

Zwar will die Bundesregierung die Ermäßigungen moderater als einst geplant kappen, dennoch müssen Unternehmen absolut und im europäischen Vergleich mit höheren Energiekosten und daher mit

## Umweltexperten: Die Bewertung der Öko-Pläne

So viel Prozent der Umweltexperten aus der Wirtschaft beurteilen diese energie- und umweltpolitischen Gesetzesinitiativen ...



Befragung von 188 Umweltexperten im September/Oktober 2010;  
CCS: Carbon Capture and Storage – die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid, um die Atmosphäre zu schützen; Quelle: IW-Umweltexpertenpanel

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Für Adressaufkleber

Nachteilen im Wettbewerb rechnen. Als Alternative fände daher fast die Hälfte der vom IW Köln befragten Fachleute eine international vergleichbare Energiebesteuerung gut. Für 42 Prozent der Befragten wäre eine europaweite Energiesteuer eine sinnvolle Option. Die Preise für Energiegüter anzugleichen, indem das europäische CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel angehoben wird – das momentan deutlich unter den deutschen Ambitionen liegt –, stellt für 36 Prozent der Umweltexperten einen gangbaren Weg dar.

Weniger nachvollziehbar erscheint zumindest auf den ersten Blick, dass mehr als 40 Prozent der Wirtschaftsvertreter die Luftverkehrsabgabe positiv bewerten. Doch die Befragten sehen in der Abgabe offenbar den fälligen Beitrag der Luftverkehrsbranche zum Klimaschutz – schließlich ist sie bislang von der Ökosteuer befreit. Ab 2012 sollen die Fluggesellschaften aber ohnehin für ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zahlen. So bleibt der Eindruck zurück, dass haushaltspolitische Überlegungen die eigentlichen Ziele der Energie- und Klimapolitik überlagern.